

KURZ UND PRÄGNANT

Massive Bedrohung von Katharina König

Angesichts einer Morddrohung gegen Katharina König hatte Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Linksfraktion, erklärt: „Es ist nicht die erste Drohung gegen die Sprecherin unserer Fraktion für Antifaschismus. Sie und ihr Wahlkreisbüro stehen regelmäßig im Fokus der Neonazi-Szene.“ Im Februar habe ein Angeklagter im Verfahren gegen die Ballstädt-Schläger eine Fotomontage verbreitet, in der er der Abgeordneten einen beißen Kampf an den Hals wünsche. Im April verbreitete ein Saalfelder Racker, der die Abgeordnete bereits im Landtagswahlkampf mit einer Eisenkette bedroht hatte, auf Facebook Drohungen.

Noch während der Anreise zum Neonazi-Aufmarsch am 27. Juni in Jena habe der Anmelder beim Kurznachrichtendienst Twitter Gewaltphantasien geäußert, wonach er sich den Einsatz von Phosphorsäure gegen König wünsche. Das Wahlkreisbüro sei immer wieder Ziel von Sachbeschädigungen. Ende 2014 habe es vier Attacken binnen sechs Wochen gegeben. Deutlich werde vor allem die Dringlichkeit der Forderung aus dem Koalitionsvertrag, stärker als bislang gegen jede Erscheinungsform von Neonazismus vorzugehen. Das müsse Projekte zur Stärkung der Demokratie ebenso einschließen, wie ein repressives Vorgehen gegen Neonazi-Organisationen, bis hin zu Verboten. ■

TTIP ist Ausverkauf der Demokratie

Das Europäische Parlament hat die Resolution zum Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) mit den USA verabschiedet und sich grundsätzlich für den Abschluss ausgesprochen. Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow, kritisiert TTIP als höchst undemokratisch und als „Angriff auf die Rechte von Angestellten, Arbeitern und Verbrauchern“. Sie fordert einen Stopp der Verhandlungen. TTIP sei vor allem ein Instrument für große Konzerne. Diese könnten mit Inkrafttreten des Abkommens Staaten verklagen, wenn sie durch staatliche Regelungen ihre Gewinnerwartungen geschmälert sehen. „Gewinninteressen mächtiger Wirtschaftsakteure werden über die Interessen ganzer Gesellschaften gestellt.“ Bereits durch die geheim und damit völlig intransparent geführten Verhandlungen zu TTIP sei die Demokratie beschädigt worden. Grundlegende demokratische Rechte sowie der Arbeits-, Daten- und Umweltschutz seien in großer Gefahr. ■

Guter Kompromiss bei nichtstaatlichen Schulen

Dem Landtag vorgelegtes Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft stärkt Bildung

Am vorletzten Plenartag vor der Sommerpause hat die rot-rot-grüne Landesregierung das bereits im Vorfeld heiß diskutierte Gesetz zur Finanzierung der 185 nichtstaatlichen Schulen in Thüringen vorgelegt. Sie sollen in diesem Jahr 12,4 Millionen Euro mehr, ein Plus von 9,3 Prozent, erhalten.

Die Einigung hatte die Vorsitzende der Linksfraktion, Susanne Hennig-Wellsow, als einen guten Kompromiss bezeichnet, „der eine deutliche Verbesserung der Situation der Schulen in freier Trägerschaft in Thüringen sichert und dabei nicht außer Acht lässt, dass 90 Prozent der Schülerinnen und Schüler im Freistaat an staatlichen Schulen lernen“. Schließlich sei es genauso Aufgabe der Landesregierung, auch dort für Verbesserungen zu sorgen.

„Die Einigung zeigt, dass Rot-Rot-Grün in der Lage ist, auch bei schwierigen Themen, bei denen die Standpunkte innerhalb der Koalition weit auseinander liegen, Kompromisse zu erreichen. Dafür ist es eben nötig, dass beide Seiten aufeinander zu gehen. Dies

ist nun erfolgt und darauf setzen wir auch bei künftigen Meinungsunterschieden in der Koalition“, so die Fraktions- und Parteivorsitzende.

„Mit diesem Gesetz geht die rot-rot-grüne Koalition nach dem Bildungsfreistellungsgesetz einen weiteren wichtigen Schritt zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Bildung in Thüringen“, so der bildungspolitische Sprecher der Fraktion Torsten Wolf.

Planbarkeit für die Träger und Rechtssicherheit

Er erinnerte daran, dass wie beim Bildungsfreistellungsgesetz die vorherige Landesregierung auch an der Frage der Neuordnung der Finanzierungsverhältnisse für die freien Schulen gescheitert war. Die Neuordnung sei nach einem Urteil des Thüringer Verfassungsgerichtshofs vom Mai 2014 notwendig geworden, da das bisherige Gesetz der CDU-geführten Landesregierung den verfassungsrechtlichen Anforderungen nicht genüge. „Der aktuelle Gesetzentwurf entspricht vollkommen den Anforderungen des Landesverfassungsgerichts an die Trans-

parenz und Nachvollziehbarkeit der Berechnung, er schafft Planbarkeit für die Träger und Rechtssicherheit“, so Torsten Wolf. Ein Aufwuchs auf bis 182,4 Millionen Euro im Jahr 2019 sei ein starkes Bekenntnis von Rot-Rot-Grün zur Pluralität des Schulsystems in Thüringen und zu den freien Schulen. „Dies realisiert auf längere Sicht verkräftbare Elternbeiträge und eine gesicherte wirtschaftliche Stellung der Lehrkräfte.“ Um eine zügige Behandlung des Gesetzentwurfs im Landtag zu gewährleisten, soll im Bildungsausschuss bereits Ende August die notwendige Anhörung stattfinden.

In seiner Rede im Landtag am 9. Juli hatte Torsten Wolf übrigens auch darauf verwiesen, dass viele freie Schulträger in den letzten Jahren Eigenbeiträge von ihren Lehrkräften abgefordert haben. „Die Lehrkräfte sind das mitgegangen, und ich denke, es kann nicht Ausdruck dessen sein, was wir wollen, dass eine Lehrkraft, wenn es um gute Bildung geht, um die freie Konzeptwahl, dann auch noch Geld mitbringen muss. Da sind wir auch in der Pflicht und der haben wir uns gestellt.“ ■

Tagung zur Ganztagschule: Alle Kinder optimal fördern

Im Rahmen der Tagung der Landtagsfraktion DIE LINKE zum Thema „Ganztagschule – ein gutes Konzept – aber wie wird es umgesetzt?“ trafen sich am 4. Juli im Erfurter Landtag ca. 40 Vertreter von Kommunen und Landkreisen, Gewerkschaften und Beschäftigten sowie aus der Wissenschaft und Politik, um die Möglichkeiten und Voraussetzungen einer gelingenden Ganztagschule in Thüringen zu diskutieren.

Dr. Andreas Jantowski, Direktor des Thüringer Instituts für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (Thillms), fasste eingangs die Ergebnisse der vorliegenden Studien zu den Modellversuchen zur Kommunalisierung von Horten zusammen.

Inklusion und Migration

Er stellte fest, dass die positiven Effekte in kommunalisierten Horten nicht hauptsächlich auf die Trägerschaft zurückzuführen sind, sondern auf das Engagement der vor Ort tätigen Menschen. Insgesamt seien die Eltern wie die Beschäftigten aber mit der Entwicklung der Horten und Grundschulen, egal ob kommunaler oder staatlicher Träger, weitgehend zufrieden.

Die Erfurter Bürgermeisterin, Tamara Thierbach (LINKE), plädierte in ihrem Redebeitrag für eine klare Zieldefinition und bei einer Kommunalisierung für die komplette Kostenübernahme seitens des Landes. Dies gelte für die zu übernehmenden 112 Millionen Euro bei Übertragung der VBL ebenso wie für die Verwaltungskosten.

Die Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Thüringen, Kathrin Vitzthum, forderte ein MehrpädagogInnensystem für den Ganztag. Die Anforderungen von Inklusion und Migration machten eine multiprofessionelle Besetzung notwendig. Diese Aufgaben endeten nicht im Unterricht, sondern begleiteten den ganzen Schultag. Entscheidend für die De-

den muss. Alle Erzieherinnen und Erzieher brauchten eine verlässliche Perspektive. Dabei werden, so machte die Staatssekretärin deutlich, die Expertise und Erfahrungen der Gewerkschaften, der Schulträger und der Wissenschaft durch intensive Beratungen mit einbezogen.

Der bildungspolitische Sprecher der Linksfraktion, Torsten Wolf, fasste zu-



batte um das Modellprojekt sei die Frage, ob in Thüringen die Ganztagschule gewollt ist.

Die Staatssekretärin im Thüringer Bildungsministerium, Gabi Ohler (LINKE), machte deutlich, dass die erreichte Qualität an den Horten erhalten und hinsichtlich der Ausgestaltung der Ganztagschule weiterentwickelt wer-

sammen, dass mit der Tagung der Startschuss für eine gelingende Ganztagschulentwicklung gegeben wurde und stellte fest: „Die Bildungschancen aller Kinder stehen im Mittelpunkt unserer Politik. Thüringen ist stark darin, mit den Horten und dem längerem gemeinsamen Lernen alle Kinder optimal zu fördern. Das gilt es auszubauen!“ ■